

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:  
Rieser  
Postfach Nr. 20.  
Verlag:  
Rieser Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzolamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfach:  
Dresden 1580.  
Verlag:  
Rieser Nr. 22.

Nr. 184.

Mittwoch, 12. Juni 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Rest des Jahres sind 30 Mark zu zahlen. Die Abnahme der Abbestellung ist bis 10 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den Abnehmer und Abnehmer 100 Gold-Pfennige; Zeitungsbesitzer und Abnehmer 50 Gold-Pfennige. Zusätzliche Unterhaltungsbeilage "Der Arbeiter" — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winteler, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Frankreich und England in Asien.

Je lebhafter die politische Selbstständigkeitsbewegung bei den Völkern in Asien wird, umso lebhafter wird auch der Konkurrenzkampf zwischen den europäischen Mächten, die ihre Herrschaft in Asien behaupten, bzw. ausdehnen möchten. England und Frankreich stehen dabei im Vordergrund wegen ihrer vorberühmten bzw. hintermütigen Kolonialpolitik, wegen ihrer Konkurrenzbestrebungen in Vorderasien und wegen ihres Wettbewerbs um den Einfluß in China. Frankreich hat seinen General Gouraud nach Indien geschickt, um zu prüfen, wie dieser ferne französische Besitz gegen die chinesische, gegen die bolschewistische und gegen die demokratisch-nationalistische Gefahr gesichert werden könnte. Die Gefahren, die da für Vorderindien aufstehen, sind die gleichen, mit denen England in Vorderindien zu tun hat. So wäre ein Zusammenwirken Englands und Frankreichs das Gegebene. Vorläufig harmonisieren beide Mächte noch genügend, um ein Zusammengehen gegen die gemeinsamen Feinde miteinander besprechen zu können. Aber in mancher Beziehung gehen die beiderseitigen Interessen doch schon auseinander. Frankreich wird mehr von China, England mehr von Rußland bedroht. England ist jahrhundertalter Traditionen entsprechend klug genug, den demokratisch-nationalistischen Tendenzen immer soviel nachzugeben, als für die Vermeidung gefährlicher Revolutionen unerlässlich scheint. Frankreich hat diesen Weichheit nicht und ist besonders in der Gegenwart geneigt, auch seine Kolonialfragen militärisch imperialemäßig anzupacken. Sollte es dadurch in französisch-Indochina eine Explosion heraufbeschwören, so wäre es doch fraglich, ob England bereit wäre, auch in solchem Falle an den Kosten mitzutragen. Jedenfalls würde England im Falle der Zusammenarbeit mit Frankreich in Asien auch seinerseits Einfluß auf die französische Kolonialpolitik zu nehmen suchen, um nach Möglichkeit das damit verbundene Risiko zu verringern.

Was scheint Frankreich schon gelernt zu haben. Nachdem es den syrischen Aufstand in blutigen Kämpfen 1924/26 unter der Führung des Oberkommissars de Fouquet niedergeworfen hat, verlor es jetzt unter dem neuen Oberkommissar Bonnot, zu einem Einverständnis mit der syrischen Bevölkerung zu kommen. Es gewährte ihr eine Art Parlament nach dem Muster des indischen Parlaments, das sich die Engländer in Vorderasien geschaffen haben; natürlich nur ein Scheinparlament, das nur teilweise durch Wahlen der Bevölkerung besetzt, zum anderen Teil nach den Wünschen der herrschenden Kolonialmacht ernannt wird. Zu weit dürfen die Forderungen eines solchen Parlaments nicht gehen, sonst werden einfach, wie in Indien, die Neuwahlen verschoben, oder, wie in Syrien, der Wiederzusammentritt nach der Vertagung verhindert. So leben wir die beiden konkurrierenden Mächte England und Frankreich mit gleichen Mitteln bestrahlt, den schönen Schein demokratischer Traditionen zu wahren und die eigene koloniale Gewalttätigkeit mit dem Deckmantel der humanen und liberalen Führung einer scheinbar dankbaren und willigen Bevölkerung zu verheimlichen. Getäuscht wird durch dieses Theater schon längst niemand mehr, es seien denn die Kolonialpolitiker der beiden Großmächte selbst, die nur in einer derartigen Verkleinerung noch die Möglichkeit haben, in einigermaßen anständiger Form vor der Öffentlichkeit zu erscheinen. Genau wie in Vorderasien die Selbstständigkeitsbewegung von Monat zu Monat wächst, so auch in Syrien, wo das von den Franzosen herbeigeführte Parlament heimlich tagt und die weitestgehenden Beschlüsse faßt. Diese mögen 31. noch Bischof bleiben, sie zeigen doch deutlich die wahre Bestimmung der Bevölkerung an und müssen über kurz oder lang auch einmal zu einer politischen Realität werden.

So sehr Frankreich die Freundschaft Englands in Asien eigentlich nötig hat, so heftig entwickelt sich doch in Vorderasien der Konkurrenzkampf zwischen beiden Mächten. Auch das ist ein Faktor, der die Herrschaft weiter von Jahr zu Jahr problematischer macht. Frankreich hat in Syrien nur ein Mandat, England in Palästina und im Irak nur ein Protektorat. Beim Friedensschluß hat man natürlich angenommen, daß diese Herrschaft mit der Zeit verfallen und vor einer realen Herrschaft verschwinden müßten. Wenn sich aber die reale Herrschaft verschwinden müßte, dann könnten aus jenen diplomatischen Formalisierungen noch einmal recht erhebliche rechtliche Konsequenzen gezogen werden. Gewiß ist die einheimische Bevölkerung Vorderasien heute noch nicht so weit, den Wirtschaftskampf der beiden Großmächte für sich auszunutzen. Es könnten sich aber andere diesen Konkurrenzkampf zu nütze machen. Schon steht Italien auf dem Sprunge. Es hat nicht umsonst der Ägypten, trotz des Dobotames, Freundschaft und Hilfe angeboten und mußte dem im übrigen unversöhnlichen Frieden mit dem Vatikan jedenfalls sehr praktisch in der Eroberung der Missionsstationen in Vorderasien aus. Und England und Frankreich machen sich gegenwärtig das Leben schwer. Dem Ägypten steht dabei unbedingt Frankreich wegen seiner geringeren kolonialen und wirtschaftlichen Geschicklichkeit. Es bemüht sich auch von vornherein in der ägyptischen Politik. England hat die mesopotamischen Oelquellen und führt die Hochleitungen von da nach Datta ans Mitteländische Meer, wobei es diesen Oasen in riesenhaftem Umfang ausbaut und sich auf eine weitgehende Mitarbeit der intelligenten irakischen Bevölkerung stützen kann. Frankreich wird mit dem Ausbau des syrischen Oasen-Transportes (Tripolis) viel größere Schwierigkeiten haben. Es versucht in Syrien die gleichen Oasen zu schaffen, wie England

## Besprechung zwischen Dr. Stresemann und Briand.

Erklärungen Dr. Stresemanns zur Winderheitenfrage. Briand gegen den Winderheitenschub.

Madrid, 11. Juni. Die angekündigte Besprechung zwischen Reichsminister des Äußeren Dr. Stresemann und dem französischen Minister des Äußeren Briand hat heute nachmittag von 5 bis 6 Uhr am Sitz der französischen Delegation stattgefunden. Die beiden Staatsmänner begaben sich darauf im gleichen Kraftwagen zur Sitzung des Ratkomitees.

### Dr. Stresemann zur Winderheitenfrage.

Madrid, 11. Juni. Die heutige vertrauliche Sitzung des Ratkomitees war beherrscht von den in freier Rede vorgetragenen, sehr klar und ruhig formulierten Ausführungen des Reichsministers des Äußeren Dr. Stresemann, die auf allen Seiten mit größter Aufmerksamkeit angehört wurden und auch auf die Vertreter der gegenwärtigen Auffassung nachdrücklichen Eindruck machen konnten.

Dies äußerte sich u. a. auch in einer Bemerkung Briands, der von der Weisheit, mit der der Reichsaussenminister seine Argumente dargelegt habe, sprach und sein Bedauern darüber ausdrückte, daß er seine eigenen Ausführungen in einem engeren Rahmen halten müsse, was aber nicht verhindern, daß er als Mann von Vornehm die Worte Stresemanns, mit dem er seit Jahren zusammenarbeitet, sehr zu schätzen wisse. Auch die Erwiderung des rumänischen Vertreters Titulescu war sehr entgegenkommend gehalten.

Nach dem heute nachmittag ausgegebenen Communiqué des Völkerbundsekretariats behandelte Dr. Stresemann das Winderheitenproblem sowohl unter dem Gesichtspunkt des Verfahrens als auch nach der prinzipiellen Seite; er führte u. a. aus, in der Verfahrensfrage seien gewisse Verbesserungen erzielt worden, während in manchen Punkten, vor allem in bezug auf den bestehenden Ausschluß der kammerverwandten Staaten aus dem Dreierkomitee die deutschen Vorbehalte aufrechterhalten werden müßten. Die Einsetzung eines Winderheitenausschusses des Völkerbundes solle nach der deutschen Auffassung nicht zu Eingriffen in die staatliche Souveränität oder zur Ausübung von Überwachungs- oder Kontrollbefugnissen dienen, sondern beschränkt nur das fortwährende Studium der Lage und der Entwicklung der Winderheitenfrage. Die Einwände und Befürchtungen gegen die Einsetzung dieses Ausschusses seien daher nicht gerechtfertigt.

Was die prinzipielle Seite anlangt, so bestreite über den Umfang der Verpflichtungen des Völkerbundes keine Unebereinstimmungen. Aus dem Londoner Bericht und dem ihm beigegebenen Denkzettel der verschiedenen Länder seien die Meinungsverschiedenheiten klar ersichtlich, und man müßte feststellen, ob die Erklärungen Titulescus von 1920 über die Rechte und Pflichten des Völkerbundes in Winderheitenfragen noch zu Recht beständen.

Als nächstes komme in Betracht: 1. eine Vertagung der endgültigen Entscheidung, wodurch Zeit zur gründlicheren Prüfung des Berichts gegeben wäre und auch dem Umfang Rechnung getragen würde, daß verschiedene im Rat nicht vertretene Staaten sich noch nicht dazu geäußert haben. Diese Staaten könnten vielleicht die Winderheitenfrage vor die Völkerbundsversammlung bringen, wobei neue Anregungen zur Erleichterung oder Lösung des Problems aufstehen könnten.

Als zweiter Ausweg bleibe die Einholung eines Gutachtens beim Eidgenössischen Saager Gerichtshof über das Mandat des Völkerbundes in der Winderheitenfrage. Bei dem allgemeinen Ansehen, das der Saager Gerichtshof in der Welt genießt, könnte ein solches Gutachten die Erzielung eines einstimmigen Beschlusses im Rat erleichtern und so den peinlichen Eindruck der Uneinigkeit des Völkerbundes vermeiden.

Zusammenfassend wiederholte Dr. Stresemann, daß abgesehen von einzelnen Punkten, auf die er wieder zurückkommen werde, Verbesserungen in verschiedenen Verfahrenfragen erzielt worden seien, daß er aber den Londoner Dreierbericht nicht annehmen könne, da er in wesentlichen Punkten mit dem in Widerspruch stehe, was er bei Auswertung der Winderheitenfrage im Auge gehabt habe. Angesichts der bestehenden Meinungsverschiedenheiten wäre eine Vertagung zweckmäßig, da sie die Überbrückung der Gegensätze vielleicht ermöglichen und andererseits die Annahme des Saager Gerichtshofs erleichtern würde.

Nach einer Erklärung des ersten Berichterstatters Katschi, der sich für die Annahme des unveränderten Berichts aussprach, vertrat

### Briand

in längerer Rede die Auffassung, daß bei aller Verschiedenheit der Ansichten über die grundsätzlichen Fragen die Schlussfolgerungen des vorliegenden Berichts eine Verbesserung des gegenwärtigen Verfahrens in sich schließen. Ein formeller Vertagungsantrag sei niemals gestellt worden, und man habe deshalb in der letzten Woche im Ratkomitee mit der Aussprache über einzelne Punkte begonnen, wobei schließlich die Schlussfolgerungen des Londoner Berichts mit den Erklärungen und Vorbehalten einzelner Ratsmitglieder angenommen worden seien. Die von Dr. Stresemann vorgeschlagene Vertagung wäre ebenso bedenklich wie eine Annahme des Saager Gerichtshofs, durch die die ganze bisherige Tätigkeit des Völkerbundes in der Winderheitenfrage in ein falsches Licht geraten müßte. Es sei sehr wohl möglich, daß in der Völkerbundsversammlung eine neue Debatte in der Winderheitenfrage entstehe, aber zuvor müßte im Rat eine Einigung zustande kommen. Könne diese nicht erzielt werden, so würde das einfach die Rückkehr zum status quo bedeuten.

### Reichsminister Dr. Stresemann

untertrieb nochmals seine gegenwärtige Auffassung in der prinzipiellen Frage und fügte hinzu, er sei so sehr von jedem anderen Ratmitglied davon überzeugt, daß man zu einem einstimmigen Beschluß kommen sollte. Sollte man aber dem Rat den Dreierbericht mit sämtlichen Denkschriften und den Sitzungsprotokollen des Ratkomitees zu stellen, so würde dadurch das Fortbestehen der Meinungsverschiedenheiten offenkundig. Eine Vertagung dagegen würde die Möglichkeit weiterer Annäherung schaffen, wie auch die Annahme des Saager Gerichtshofs keineswegs das Prestige des Völkerbundes verringern, sondern zweifellos die Erzielung der Einstimmigkeit erleichtern würde.

## Abschluß der Arbeiten des Völkerbundkomitees für die Winderheitenfrage.

Madrid, 11. Juni. Das Ratkomitee für die Winderheitenfrage hat heute abend seine Arbeiten durch Annahme eines von Katschi unterbreiteten Entwurfs an den Völkerbundrat und eines Entschließungsentwurfs abgeschlossen. Bericht und Entschließung werden am nächsten Donnerstag in öffentlicher Sitzung vom Völkerbundrat diskutiert werden. Der Entwurf, dessen Einzelheiten in einem Madrider Abendblatt, allerdings in einem unzutreffenden Auszug, veröffentlicht werden, wird noch vertraulich behandelt. Es kann aber bereits gesagt werden, daß er nur Verfahrensfragen betrifft und die prinzipielle Seite des Winderheitenproblems unberührt läßt. Auf Grund der heutigen Aussprache im Ratkomitee besteht Einverständnis darüber, daß jedes Ratmitglied in der öffentlichen Ratssitzung zu diesem Bericht Erklärungen geben und Vorschläge und Erklärungen anbringen kann, und daß ferner alle Dokumente über die Verhandlungen, nämlich nicht nur der Londoner Bericht, sondern auch die Sitzungsprotokolle des Ratkomitees und des Rates selbst sämtlichen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes übermitteln und veröffentlicht werden sollen. Dementsprechend wird auch Dr. Stresemann am Donnerstag in einer grundsätzlichen Erklärung den deutschen Standpunkt nochmals zur Geltung bringen.

Der Madrider Bericht stellt, wie man von deutscher Seite erhofft, eine ganz wesentliche Besserung gegenüber der bisherigen Sachlage dar. Vor allem ist der Londoner Bericht, der für Deutschland unannehmbar war, in dem jetzigen Bericht in den Hintergrund verwiesen worden, so daß er nicht mehr den Ausgangspunkt bildet; vielmehr stehen die Madrider Sitzungsprotokolle mit sämtlichen Erklärungen des Reichsaussenministers und des Staatssekretärs dem Londoner Bericht vollständig gleichwertig gegenüber. Der Bericht führt in sechs Punkten die Verbesserungsorschläge für das Verfahren bei der Behandlung von Winderheitenbeschwerden auf, die sofort in Kraft treten sollen, und nicht, wie ursprünglich vorgesehen, den Regierungen mit Winderheitenverpflichtungen nur als Empfehlungen unterbreitet werden sollen.

in Palästina oder im Irak. Aber die Bedingungen dafür sind wenig günstig. Schwer leidet Syrien unter dem Rückgang der Seidenkultur, die nicht nur durch Vernichtung der Maulbeerbäume im Libanon, sondern auch durch die Konkurrenz der Kunstseide einen schweren Rückschlag erlitten hat, wovon sie sich kaum wieder ganz erholen wird. Wenn die Franzosen mit Hilfe der Armenier wirtschaftlich vorwärts zu kommen suchen, so schaffen sie sich

damit doch zugleich auch neue Fehrwürfnisse mit der einheimischen Bevölkerung. Es steht also danach aus, als ob Frankreich nicht allzuviel Freude an seinem syrischen Mandat erleben wird. Freilich, die französische Marinepolitik wird trotz der schwersten Opfer nicht zugeben, daß man von dem syrischen Experiment abläßt, ehe nicht die Konkurrenz des übermächtigen England und eine Veränderung der internationalen Konstellation dazu zwingen wird.